

Rede am 27. November 2013 im Stuttgarter Landtag:

Aktuelle Debatte – Neue Perspektiven für fast 10 000 arbeitslose Menschen – das Landesarbeitsmarktprogramm ist ein voller Erfolg! – beantragt von der Fraktion der SPD

Abg. Rainer Hinderer SPD: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Vor 14 Tagen durfte ich bei einem Podiumsgespräch des Netzwerks Teilzeitausbildung Gast sein. Kollege Lehmann saß mit auf dem Podium. CDU und FDP waren dort leider nicht vertreten. Das war schade. Denn dort hätten sie gehört, wie die Politik der Landesregierung, wie das Landesarbeitsmarktprogramm gelobt wurde.

– Doch, ich glaube, Sie haben eine Einladung erhalten. Das müsste man überprüfen. Die CDU war zumindest entschuldigt. – Es war schade, dass Sie nicht dabei waren. Denn das Lob kam nicht nur von den Verbänden, sondern das Lob kam auch von drei jungen Frauen, die mit uns auf dem Podium saßen, drei jungen Müttern, die Ausbildung und Kinderbetreuung vereinbaren können, weil sie eine Teilzeitausbildung machen. Sie haben uns von den Problemen berichtet, die nach wie vor bestehen, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung geht, von den Problemen bei der Finanzierung ihres Lebensunterhalts. Aber sie haben auch berichtet, wie toll sie mit Maßnahmen aus dem Landesarbeitsmarktprogramm unterstützt werden und wie sich für sie eine neue berufliche Perspektive eröffnet, und das ist wichtig.

Über 6 000 junge Menschen werden im Zeitraum 2012 bis 2014 von unserem Landesarbeitsmarktprogramm profitieren, indem sie einen der zusätzlichen Ausbildungsplätze erhalten. Dieses Angebot ist im Interesse der jungen Menschen dringend geboten. Denn trotz einer Jugendarbeitslosenquote von nur 3 % in Baden-Württemberg sind nach wie vor über 20 000 junge Menschen nach dem Ende der Schulzeit nicht in einer Ausbildung, sondern im sogenannten Übergangssystem. Das ist eine unglaubliche Verschwendung von Ressourcen. Baden-Württemberg hat einen Fachkräftebedarf. Deshalb darf niemand zurückgelassen werden. Jeder junge Mensch verdient die bestmögliche Förderung und Heranführung an den Beruf.

Deshalb ist es toll, dass der Baustein „Ausbildung für Benachteiligte, assistierte Ausbildung, Teilzeitausbildung“ in allen 44 Stadt- und Landkreisen des Landes angeboten wird.

Auch nahezu flächendeckend wird der Baustein „Sozialer Arbeitsmarkt“ angeboten, nämlich in 40 Stadt- und Landkreisen. Diesem liegt die Grundannahme zugrunde, dass es besser ist, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu

finanzieren. Dieser Passiv-Aktiv-Transfer ist der richtige Ansatz. Über 500 langzeitarbeitslose Menschen haben eine sozialversicherungspflichtige Arbeit gefunden. Wichtig zu bedenken ist auch: 58 000 Menschen in Baden-Württemberg sind nach wie vor langzeitarbeitslos,

26 000 davon länger als zwei Jahre. Das ist die Zielgruppe für den sozialen Arbeitsmarkt.

Jetzt kann man natürlich sagen, 562 Plätze im Landesarbeitsmarktprogramm sind ein Tropfen auf den heißen Stein – ja sicher, aber ein Tropfen, der für jeden Einzelnen, für jede Einzelne, die in einer solchen Maßnahme beschäftigt werden, eine unglaubliche Erfrischung nach einer langen Durststrecke der Arbeitslosigkeit ist. Die Menschen sind wieder in Arbeit statt in einem passiven Leistungsbezug. Sie haben einen eigenen Verdienst, und zwar in Höhe des Mindestlohns von 8,50 € pro Stunde, der ja jetzt flächendeckend eingeführt wird. Sie haben eine Tagesstruktur, sie haben ein soziales Umfeld, Kolleginnen und Kollegen, und sie haben eine Perspektive, über die Arbeit wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden zu können.

Das Tolle ist: Über die Hälfte dieser Plätze im sozialen Arbeitsmarkt sind in der Privatwirtschaft organisiert, der Rest in den Sozialbetrieben, in Verbänden der Wohlfahrtspflege oder Kirchen. Es ist ein Erfolgsfaktor im Hinblick auf den ersten Arbeitsmarkt, dass wir mit dem Passiv-Aktiv-Transfer auf die Voraussetzungen der Zusätzlichkeit und des öffentlichen Interesses verzichten und damit die Möglichkeit bieten, dass tatsächlich sinnvolle und produktive Arbeit angeboten werden kann.

Meine Damen und Herren, wir wissen sehr wohl, dass wir mit dem Landesarbeitsmarktprogramm die Fehlsteuerungen der Arbeitsmarktpolitik des Bundes in den vergangenen Jahren nicht korrigieren können. Aber wir haben mit dem Landesarbeitsmarktprogramm, mit unserem Konzept „Gute und sichere Arbeit“ die Integrationschancen von langzeitarbeitslosen Menschen in vielen Einzelfällen deutlich verbessert.

Wir haben mit unseren Modellen auch gute Vorlagen für die arbeitsmarktpolitischen Instrumente des Bundes geliefert, sozusagen auf dem Silbertablett. Natürlich liegt die Zuständigkeit für die Arbeitsmarktpolitik beim Bund. Die Koalitionsverhandlungen bewirken da schon eine qualitative Entwicklung. Wir sehen einen Fortschritt im Bereich der Ausbildung. „Chancen der assistierten Ausbildung nutzen“, habe ich heute Morgen noch gelesen. Wir sehen, dass das Konzept „Zweite Chance“, die Förderung der Ausbildung von 25- bis 35-Jährigen, die bislang keine Ausbildung haben, einen Schwerpunkt bei

den Alleinerziehenden setzt. Das ist ein Erfolg der SPD in den Koalitionsverhandlungen.

Noch nicht ganz so groß ist der Durchbruch beim sozialen Arbeitsmarkt. Da bleibt es zunächst bei eher allgemeinen Formulierungen: Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit als Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik, ein ESF-Bundesprogramm für Langzeitarbeitslose und die Gewinnung von Arbeitgebern für diese Zielgruppe. Da tut eine Präzisierung not. Die Formulierungen sind für mich persönlich zu vage. Der soziale Arbeitsmarkt muss vordringliches Vorhaben der neuen Bundesregierung sein. Wir hoffen, dass die CDU an dieser Stelle noch beweglicher wird.

Ich will die Hoffnung nicht aufgeben, dass da noch eine Konkretisierung stattfindet, zumal wir auch prominente Unterstützer dieses Vorhabens haben. Vor der Wahl ist mir die Zeitschrift „Einblicke“ – das ist das Blatt des größten Heilbronner Sozialbetriebs – in die Hände gefallen. Auf der ersten Seite dieser Zeitschrift lacht mir Herr Strobl entgegen.

Strobl sagt – Herr Präsident, ich darf zitieren:

Öffentlich geförderte Beschäftigung als Eingliederungskonzept von Langzeitarbeitslosen eröffnet neue Perspektiven und unterstützt den Übergang in reguläre Beschäftigung.

Da hat er ausnahmsweise einmal recht. Ich hoffe, dass das nicht nur ein Wahlkampfthema für Herrn Strobl war, sondern dass wir beim sozialen Arbeitsmarkt wirklich noch Fortschritte im Bund erzielen können und die CDU dieses Thema noch höher hängt. Es wäre prima, wenn die Wahlkampftöne von Herrn Strobl auch nach der Wahl in Berlin Gehör finden und zu einer prägnanten Melodie im Orchester der arbeitsmarktpolitischen Instrumente werden.

Vielen Dank.